FREITAG, 28. MAI 2010 NR. 21 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

Spezialthema «Kinderbetreuung» im Leitartikel und auf Seite 3/6

«KINDERBETREUUNG»

2x Nein zu Initiative und Gegenvorschlag

Im Rahmen einer Pressekonferenz nahm die SVP des Kantons Zürich diese Woche Stellung zur kommenden kantonalen Abstimmung «Kinderbetreuung» (Initiative und Gegenvorschlag) vom 13. Juni 2010. Der «Zürcher Bote» druckt die Referate als Spezialthema auf Seite 1 und 3 ab. Während der Leitartikel auf die Inhalte der Vorlagen eingeht, behandeln die Artikel auf Seite 3 die Verantwortung sowie die Kosten der Kinderbetreuung. Der «Fadegrad» auf Seite 6 nimmt ebenso Bezug zum Thema.

KANTONSRAT
HANS FREI
FRAKTIONSCHEF SVP
WATT-REGENSDORF

Mit der Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» sorgt sich (neu) der Staat um die Familien ergänzende Betreuung vom Säuglingsalter bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht. Dabei wird zunächst das Betreuungswunschprogramm bzw. der Bedarf festgestellt und anschliessend ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Die Finanzierung erfolgt durch die öffentliche Hand. Familienbeiträge werden nur erhoben, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gegeben ist.

Ein Gesetzestext solchen Inhalts verdient keinerlei Unterstützung. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, dass sich hinter den Initianten die vereinigte Linke im Netzwerk des Gewerkschaftsbundes organisiert. Neue Institutionen sollen ins Leben gerufen und die Kinder über den ganzen Tag fremdbetreut werden. So befreien Tagesfamilien die Eltern von ihrer grossen und anspruchsvollen Aufsichts- und Erziehungsarbeit. Letztlich würde ab dem Säuglingsalter eine elementare, familiäre Herausforderung an den Staat delegiert. Nicht ganz, beteuern die Initianten, die Wahl des Betreuungsangebotes soll weiterhin bei den Eltern liegen.

Eine Annahme würde den Sozialstaat weiter aufblähen.

Die SVP lehnt diese Initiative in aller Deutlichkeit ab. Eine Annahme würde den Sozialstaat weiter aufblähen. Die Folgekosten von Aufbauhilfen und die Konsequenzen für eine flächendeckende Umsetzung wären für Kanton und Gemeinden nicht zu verantworten. Mit grossem Mehr hat auch der Kantonsrat diese Initiative abgelehnt.

Nein zu einem Gegenvorschlag als Aufgabendelegation an die Gemeinden

Der Gegenvorschlag orientiert sich am Volksschulgesetz und beeinhaltet eine Änderung betreffend Vorschulalter im Jugendhilfegesetz. Das Ziel bleibt das gleiche. Ab dem Säuglingsalter sollen die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Familien ergänzender Betreuung schaffen. Unter dem Deckmantel verstärkter Gemeindeautonomie werden den Gemeinden die tatsächlichen finanziellen Folgen verschleiert. Mit Elternbeiträgen oder neuen Gebühren soll ein wesentlicher Teil der Kosten gedeckt werden. Dabei wird auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern abgestellt. Doch von allem Anfang an ist klar, dass niemand von diesem Betreuungsangebot ausgeschlossen werden soll. Bei unzureichender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zahlt die Gemeinde! In der Folge werden die Gemeinden die weiterhin exorbitant ansteigenden Sozialausgaben nicht mehr bewältigen können. Die übernächste Runde des Finanzausgleiches wird gerade eingeläutet, und die nächste Runde steht bereits zum heutigen Zeitpunkt vor einer gewaltigen Kraftprobe. Solche St.-Florians-Politik trägt die SVP nicht mit. Gemeindeautonomie heisst nicht mit einer Änderung im Jugendhilfegesetz neue Aufgaben und deren Finanzierung an die Gemeinden zu übertragen und diese anzuhalten, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot umzusetzen. Der untaugliche Gegenvorschlag entstand überhaupt nur deshalb, weil verschiedene Mitteparteien den Mut verloren haben, der Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» ohne Wenn und Aber eine Absage zu erteilen.

Bei unzureichender Leistungsfähigkeit zahlt die Gemeinde!

Aufgabenverzichtsplanung statt neue Aufgaben dem Staat übertragen

Der Kanton Zürich steht vor einer umfangreichen Sanierung des Staatshaushaltes. «Wehret den Anfängen!», so könnte auch die jüngste Entwicklung im EU-Raum als eindrückliches Beispiel herangezogen werden. In den vergangenen Jahren des Wohlstandes wurde der Staatsapparat kontinuierlich und überproportional ausgebaut. Das Ausgabenwachstum ist ausser Kontrolle geraten. Eine Aufgabenverzichtsplanung wird unumgänglich. Dieser Prozess muss soweit geführt werden, dass der mittelfristige Haushaltausgleich wieder hergestellt ist, die Ausgaben den Einnahmen angepasst sind. Neue staatliche Aufgaben – wie die Kinderbetreuung –, die letztlich den Eltern von Kleinkindern ihre beruflichen Möglichkeiten optimiert und dem Ziel der Gleichstellung in allen Lebenslagen nacheifert, können so nicht umgesetzt werden.

Die SVP fordert die Stärkung der Familie. Sie bildet die Grundlage unserer Gemeinschaft. Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder. Dies gilt insbesondere bei Eltern, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gegeben ist. Die SVP hat mit der Familieninitiative eine Antwort. Unsere Forderung ist die steuerliche Erleichterung zu Gunsten von Familien. Ein eigenverantwortliches, partnerschaftliches Engagement in Familie, Beruf und Politik ist gefordert.

Auch unterstützt die SVP die freie Wahl des individuellen Familien- und Arbeitsmodells – die Verantwortung für den gewählten Weg tragen jedoch die Eltern und nicht der Staat.

Parolen zur Volksabstimmung vom 13. Juni 2010

Kantonale Vorlage

A. Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» (Gesetz über die Kinderbetreuung)	**NEIN**
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Jugendhilfegesetz (Änderung vom 7. Dezember 2009; familienergänzende Betreuung)	**NEIN**
C. Stichfrage Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates von den Stimmberechtigten angenommen werden?	**Vorlage B (Gegenvorschlag)**

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Praxis für Zahnprothetik

R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle

Tel. 044 481 82 18
www.pro-dent.ch

Total-,Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen

1. Beratung kostenlos, **AHV**

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

MECACRYL

PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und Privat

- **Top-Zuschnittservice**
- **Plexiglas-Handwerk**
- **Thermoverformung**

MECACRYL GmbH
H. Hablützel und P. Haller
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, **8330 Pfäffikon ZH**
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Zum Affen gemacht

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Eben erst hat der Bundesrat öffentlich geächzt unter der Last der Tagesgeschäfte. Dabei ist es die Lust der Tagesgeschäfte, die das Regieren erst sexy macht. Speziell wenn die Machtstellung ermöglicht, Nahestehende mit Einfluss und Pfründen auszustatten. Schwarze Stammeshäuptlinge haben diesbezüglich denselben Instinkt wie rote Bundesräte. Moritz Leuenberger geht und geht nicht in Rente, weil er es geniesst, seinen Gygis, Weibels und de Wecks die fettesten Pöstchen zuzuschanzen.

«Ich begrüsse die Wahl von Roger de Weck», teilte Leuenberger nach der Wahl des neuen SRG-Generaldirektors scheinheilig mit. Dabei hatte er zuvor sämtliche Strippen bei der Pseudowahl seines Intimus gezogen. So wie der SP-Magistrat bereits tüchtig geholfen hatte, für eine vom Freund präsidierte Genfer Hochschule viele Bundesmillionen durchzudrücken. Dafür «moderierte» Roger de Weck aufs Gefälligste, wenn der Medienminister für die versammelten Tamedia-Chefredaktoren zwecks «Hintergrundgesprächen» Hof hielt.

Mit ihrem SRG-Coup bewiesen die beiden Schöngeister Sinn fürs durchaus Handfeste. Ein devoter Verwaltungsrat von Leuenberger-Spezis und eine SVP-frei zusammengesetzte Delegiertenversammlung zeigten bloss eine Seite des Skandals. Erst recht zum Himmel stinkt die willkürliche, kurzfristige Änderung des Jobprofils: Statt Unternehmensführung verlangte man plötzlich Journalismus. Der Stellenbeschrieb für eine Person wurde zum Personenbeschrieb für eine Stelle.

Der Schaden ist angerichtet: Alle offiziell kandidierenden Leistungsträger sehen sich hinters Licht geführt. Viele mögliche Bewerber werden sich künftig nicht mehr melden, wenn die öffentliche Hand Spitzenstellen vergibt.

Falls die mit der Evaluation beauftragte Firma Amrop das schmutzige Spiel mitspielte, leidet ihre Glaubwürdigkeit im Markt. Zwei Theaterfreunde haben ein Affentheater veranstaltet. 157 Bewerber hat man zum Affen gemacht.

Mimt die Politik jetzt die Rolle der drei berüchtigten Affen nichts sehen, nichts hören, nichts sagen? Möglich, dass sich Roger de Weck keinem Assessment unterziehen musste. Möglich, dass Moritz Leuenberger jetzt auch noch einen linken SRG-Superdirektor durchdrückt. Nur dürfte dann der Mehrheit im Parlament die Lust ganz vergehen, den Medienminister noch einmal zum Bundespräsidenten zu wählen.

GESUNDHEITSWESEN

Nein zu staatlichem Einheitsbrei!

Die Entwicklungen im Gesundheitswesen, namentlich die massiv steigenden Krankenkassenprämien und die Kosten treibenden Mengenausdehnungen, rufen nach Gegenmassnahmen. Die Ursache dieser mehr als unangenehmen Entwicklungen ist die Folge eines verfehlten Systems, welches vor allem durch die Einführung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahr 1996 begründet wurde. Statt sich die marktwirtschaftlichen Erfahrungen anderer Branchen zu Nutze zu machen und den Staat ausschliesslich mit einer Kontroll- und Aufsichtskompetenz zu versehen, hat man die Plan- und Lenkungswirtschaft des Staates gestützt.

TONI BORTOLUZZI
NATIONALRAT SVP
AFFOLTERN AM ALBIS

Eine Einheitskasse löst die Probleme nicht, sie verschlimmert sie!

Wer nun glaubt, der Fehlentwicklung würde mit Massnahmen zur Stärkung der Verantwortung und der Handlungsspielräume der Leistungserbringer, Patienten und Krankenkassen begegnet, wird einmal mehr enttäuscht. Das Obligatorium für Versicherte sowie die Vertragsgarantie für Leistungserbringer bleiben erhalten. Und statt den Krankenkassen, welche heute als reine Zahl- und Vollzugsstellen des Staates angesehen werden müssen, mehr unternehmerische Freiheiten zu gewähren, steht der Ruf nach der Abschaffung der Kassenvielfalt – und damit der Einschränkung der Wahlfreiheit der Patienten – im Vordergrund. Entgegen allen ökonomischen Grundsätzen verlangen immer mehr Leute in unserem Land die Einheitskrankenkasse. Regierungsräte einiger Ostschweizer Kantone glauben, eine von ihnen geführte staatliche Kasse wäre eine Antwort auf die Fragen der Prämienzahler. Der Ruf nach Einheit, Gleichheit und Kollektiv ist eine Domäne des linken politischen Spektrums und bildete bisher für Vertreter des bürgerlichen politischen Lagers eher die Ausnahme. Die tatsächlichen Probleme im Gesundheitswesen liegen bei den Verantwortungsträgern. Es sind die Ärzte, die Leistungserbringer, welche alleine für die Verschreibung der Leistungen zuständig sind und dafür die Rechnung stellen. Und es sind die Kantone, die alleine für das Angebot der Spitäler verantwortlich sind. Die Krankenkassen sind im Bereich der obligatorischen Grundversicherung weder für die Tarif- und Leistungsverträge, noch für die Festsetzung der Prämien für die von Ihnen zu zahlenden Leistungen abschliessend zuständig. Alles wird vom Staat genehmigt und gutgeheissen. Das einzige, was Krankenkassen können, ist auf Fehlentwicklungen hinweisen. Weil man diese Stimme weder von Ärzten noch von Gesundheitsdirektoren gerne hört, geht sie im Ruf nach einer Aufhebung der Kassenvielfalt unter. Die Einführung einer Einheitskasse hätte einzig zur Konsequenz, dass der unangenehme Warnruf der Krankenversicherer zum Schweigen gebracht würde – die eigentlichen Kostentreiber blieben aber verschont.

Der Betriebswirtschaft im Gesundheitswesen zum Durchbruch verhelfen

Der Auftrag, betriebswirtschaftlich einheitliche Kriterien mit Transparenz und Vergleichbarkeit zu schaffen, ist unangenehm, weil damit die milliardenschweren Fehlinvestitionen der Kantone im stationären Bereich sichtbar würden. Seit der Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahr 1996 kommen die Verantwortlichen diesem Auftrag nicht nach! Es war schon immer so: Machthaber schaffen sich die scharfen Kritiker lieber vom Hals als sich mit der Kritik auseinanderzusetzen.

Gesundheitsdirektoren tragen Verantwortung für Fehlentwicklungen

Es sind weder die Krankenkassen noch die Versicherten, die für die Entwicklungen im Gesundheitswesen die Verantwortung tragen, sondern die kantonalen Gesundheitsdirektoren, der Bundesrat und das Bundesparlament. Diese haben das verfehlte System ermöglicht. Aus diesem Grund wollen die Leistungserbringer an den für sie vorteilhaften Strukturen festhalten und praktisch jeden Reformwillen unterdrücken. Und es sind nationale und kantonale Gesundheitsverwaltungen, die teilweise fernab von betriebswirtschaftlichen Grundsätzen staatliche Plan- und Zulassungsentscheide treffen.

Die Einheitskrankenkasse, die ohne politisch durchdachtes Lösungskonzept angepriesen wird, wäre ein weiterer Schritt, das staatliche Gesundheitswesen zu stärken und damit die Hauptursache der Fehlentwicklung im Gesundheitswesen zu zementieren.

Das Ziel der Politik muss die Wahlfreiheit, die Vertragsfreiheit und die Vielfalt im Wettstreit der besten Lösungen sein und nicht Zwang, Einheitslösung und Einheitsversorgung. Denn während Ersteres Innovation und Qualität schafft, bedeutet Letzteres Planwirtschaft und Interesselosigkeit. Das heisst eine schlechtere Versorgungsqualität – also Abstieg!

MEDIENMITTEILUNG: SRG-DIREKTORENWAHL

Voreilige Kritik?

Die SVP hat am vergangenen Mittwoch die Wahl von Roger de Weck zum neuen SRG-Generaldirektor kritisiert. Sie wurde für diese Kritik von verschiedenen Medien gescholten. Es gehe nicht an, de Weck noch bevor er sein Amt angetreten hat zu tadeln. Der SVP gehe es lediglich darum, die Intellektuellen als neues Feindbild emporzustilisieren. Wie berechtigt die Kritik der SVP am SRG-Wahlentscheid war, zeigt sich nun immer deutlicher.

MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Bei der Wahl des neuen SRG-Generaldirektors ging offensichtlich nicht alles mit rechten Dingen zu. Das Anforderungsprofil wurde dem Vernehmen nach im laufenden Verfahren noch geändert. Es war – von links bis rechts – eigentlich unbestritten, dass der neue SRG-Generaldirektor in erster Linie über Managementqualitäten verfügen müsse. Ein Unternehmen mit über 6000 Mitarbeitenden, das vor grossen strukturellen Herausforderungen steht, braucht eine Person mit entsprechender Führungserfahrung an der Spitze. Der Posten ist als Pfründe für wohlgelittene Chefbeamte aber auch als Experimentierfeld für alt gediente Publizisten nicht mehr geeignet. Über das Wahlverfahren ist nichts Näheres bekannt. Es ist etwa so transparent wie eine Papstwahl. Eines ist indes klar: Wenn es zutrifft, dass Medienminister Leuenberger auf den Entscheid Einfluss genommen hat, dann hat er seine Kompetenzen in krasser Weise überschritten.

Herr De Weck hat zudem ein Problem mit der SVP, das sich nicht kaschieren lässt. Wer in 210 Kolumnen 49-mal auf die gleiche Partei und ihre Exponenten eindrischt, hat eine Fixierung, die schwer zu überwinden sein dürfte. Vor diesem Hintergrund liegt es nun an Herrn De Weck zu beweisen, dass er auch mit der SVP und ihren Wählern sachlich und fair umgehen kann. Der Verweis auf die Bundesverfassung und das Radio- und Fernsehgesetz reichen da nicht aus. Roger de Weck muss erst noch zeigen, dass seine viel gelobte Toleranz gegenüber Andersdenkenden nicht an der politischen Mittellinie aufhört, wie dies bisher unbestrittenermassen der Fall war.

So gesehen war die Kritik der SVP vom vergangenen Mittwoch geradezu brav. Die SVP ist es sich gewohnt, dass sie von den SRG-Medien nicht unbedingt geliebt wird. Diesen Anspruch hat sie auch bei Roger de Weck nicht. Der neue SRG-Generaldirektor muss indes aufpassen, dass nicht plötzlich die Gebührenzahler die Nase voll haben. Nämlich dann, wenn sie sich im «Service Public» der SRG nicht mehr wieder finden. Die SVP garantiert, dass sie diesen Gebührenzahlern und Staatsbürgern eine starke Stimme geben wird.

ZITAT DER WOCHE

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

«Dann ist es wie bei einer Zwangsheirat: Sie können nur noch aussuchen, ob Sie die Braut mit einem schweren Nachteil oder jene mit drei wollen. Da nehmen Sie doch lieber jene mit einem Nachteil – und treiben ihn ihr irgendwann auch noch aus.»

Interview auf Blick.ch zur neuen SVP-Lagebeurteilung betreffend US-Staatsvertrag (in Sachen UBS).

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Donnerstag, 3. Juni 2010
Restaurant Elefant
Witikonerstrasse 279, 8053 Zürich
www.restaurant-elefant.ch

Öffentliche Veranstaltung

Abzocker-Initiative – Die Fakten

19.00 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Begrüssung durch
GR Jacqueline Hofer, Dübendorf
Präsidentin SVP Frauen
Kanton Zürich

Nationalrat Dr. oec. publ.
Pirmin Schwander
Präsident AUNS www.auns.ch

im Gespräch mit

Thomas Minder
Geschäftsleiter Trybol AG Neuhausen,
Initiant eidg. Volksinitiative
«gegen die Abzockerei»
volksinitiative-gegen-die-abzockerei.ch

Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Genügend Parkplätze vorhanden.

Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich www.svpfrauen
SVP der Stadt Zürich www.svp-stadt-zuerich.ch

Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch

Gestaltung: Karin Kuster-Hofer · tgc.ch

«Kinderbetreuung»

Eigenverantwortung – Erziehung – Familie (elterliche Wärme)

Das Familienbild unserer Partei sei veraltet, wir seien von vorgestern, die SVP hätte eine antiquierte Haltung. Mit diesen und ähnlichen Aussagen wurde ich in den letzten Wochen mehrfach konfrontiert.

THERES WEBER
KANTONSRÄTIN SVP
UETIKON AM SEE

Gerne möchte ich ihnen erklären, warum wir den Mut haben, gegen diese Initiative und den Gegenvorschlag anzutreten.

Die Familie ist nicht out, wie gerne gesagt wird, sondern sie spielt nach wie vor eine zentrale Rolle. Sämtliche Medien nehmen sich ihr an, und die Parteien streiten darum, wer sich mit mehr Recht «Familienpartei» nennen darf. Und wie bei den meisten Fragen, gelten diejenigen als besonders «familienfreundlich» und «sozial», die am meisten Geld, das ihnen nicht gehört, verteilen. In einem kürzlich erschienenen Artikel der «Schweizer Familie» ist zu lesen, dass fast alle befragten Jugendlichen eine «Familie» gründen möchten – mit Vater, Mutter und am liebsten zwei Kindern. Ebenfalls möchten diese Jugendlichen sich Zeit nehmen für ihre Kinder – einige sagen gar – wenn immer möglich möchte ich meine Kinder nicht in eine Krippe geben, sondern sie zu Hause betreuen.

Natürlich werden solche Befragungen nicht an die grosse Glocke gehängt. Das hiesse ja, vom Bild nach Karriere und Selbsterfüllung ein wenig abrücken und den Kindern wieder mehr Gewicht geben – und dafür auf einiges verzichten!

Die SVP und ich als Stellvertreterin möchten genau diesen Punkt aufgreifen. Wir möchten diesen jungen Leuten Mut machen und das Selbstwertgefühl all jener stärken, die sich tatsächlich um ihre Kinder kümmern. Jene, die dafür auf eine «Karriere» verzichten oder denen Kinder wichtiger sind als ein Traumauto oder Super-Ferien irgendwo auf dieser Welt. Oder jene, die sich ganz einfach für eine traditionelle Familie mit all ihren Vor- und Nachteilen engagieren. Mit grossem Einsatz, mit persönlichem Verzicht, tagtäglich. Zum Wohle ihrer Kinder und zum Wohle unserer Gesellschaft.

Wir wissen es alle: Kinder, die aus geordneten Familienverhältnissen kommen – damit möchte ich keine Lebensform bevorzugen oder benachteiligen – machen weniger Probleme im Alltag, sind erfolgreicher in der Schule und finden besser eine Lehrstelle. Eine gute Erziehung und damit die Übernahme der Verantwortung für ein Kind ist der Grundstein für unsere Zukunft – sind wir uns dessen bewusst? Wärme, Liebe, Zuneigung und Zeit für ein Kind sind Werte, die wir nicht auslagern können – auch nicht in die professionellsten Krippen. Dafür brauchen wir Eltern, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen. Eltern, die ihre Aufgabe ernst nehmen und damit in der Gesellschaft etwas sehr Gutes tun. Nicht nur im Bereich von Erziehung und Ausbildung, sondern auch im Bereich der Prävention. Wo findet diese wirksamer und günstiger statt, als im Elternhaus, durch Vorbildfunktion und tägliche Anleitung?

Die Kosten, die damit gespart werden sind nicht bezifferbar und die Lehrmeister in den Gewerbebetrieben wissen diese «Elternarbeit» ungemein zu schätzen – auch sie sagen übrigens Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag. Warum wird dies nicht thematisiert, wenn der KGV eine Nein-Parole herausgibt, dies obwohl 95 Prozent unserer Firmen KMUs sind und unsern Nachwuchs in vielen Stunden harter Arbeit ausbilden?

Für mich und für die SVP ist klar. Unser Parteiprogramm ist nicht toter Buchstabe – Wir leben danach. Wir unterstützen gerne Krippen für Leute, die sie tatsächlich brauchen, weil sie auf einen Zusatzverdienst angewiesen sind. Solche Angebote gibt es bereits viele und es sind laufend weitere im Entstehen. Private, Vereine und Gemeinden stellen sie für verschiedene Bedürfnisse zur Verfügung. Der Kanton muss keine weiteren Vorschriften machen. Wir wissen, wohin das führen könnte und wir sind offenbar die Einzigen, die den Mut haben, das Kind beim Namen zu nennen und davor zu warnen.

Bedürfnisse nach noch mehr Betreuung für kleine Kinder im Vorschulalter dürfen alle haben, es ist aber nicht einzusehen, warum unser Kanton, unsere Gemeinden oder allgemein die Steuerzahler noch tiefer in die leeren Taschen greifen sollen.

Stattdessen haben wir den Mut und die Energie, uns für die Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, einzusetzen. Wir sammeln Unterschriften für die Familieninitiative. Damit diesen Eltern ebenfalls ein Steuerabzug zusteht – als kleine Wertschätzung für ihre wichtige und unschätzbare Aufgabe an ihren Kindern und damit an unserer Gesellschaft!

Zu sozial ist unsozial, oder ein aufgeblähter Sozialstaat führt ins Verderben

«Noch nie wurde so viel Geld für den Bereich «Soziales» aufgewendet, noch nie waren gleichzeitig so viele Leute von der Sozialhilfe abhängig. Statt die Probleme zu lösen, schafft man ständig neue Angebote und damit auch neue Bedürfnisse. Wer noch ehrlich arbeitet und seine Lohnabzüge brav bezahlt, bekommt langsam das Gefühl, er sei in unserer Gesellschaft der Ausgenutzte und Dumme. Wenn dies nicht ändert, ist der Sozialstaat als Gesamtes in Frage gestellt.»

Aus dem Parteiprogramm 2007–2011 der SVP des Kantons Zürich

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Zum Einstieg eine Klarstellung:

1. Niemand will unseren Staat zu Tode sparen.
2. Niemand will unseren Sozialstaat aufheben oder den «sozialen Kahlschlag».
3. Es geht einzig und allein darum, unseren Sozialstaat auf Dauer zu sichern.

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, der Sozialstaat sei gottgegeben, quasi ein Naturgesetz. Wenn es wirklich ausgemacht ist, dass alle Menschen gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer mit den gleichen unveräusserlichen Rechten ausgestattet wurden, dann muss es einen Grund haben, damit der eine Mensch dem anderen etwas gibt: Entweder er handelt aus reiner Nächstenliebe, woraus sich naturgemäss kein Anspruch ableiten liesse, oder er gibt, bevor es sich der andere nimmt.

Angesichts der historischen Tatsache, dass der Sozialstaat hart erkämpft werden musste, ist davon auszugehen, dass ihm letztlich rationale Erwägungen zugrunde liegen. Es besteht ein Konsens, dass niemand auf unseren Strassen hungern oder verwahrlosen soll, was die Gefahr sozialer Unruhen in sich birgt. Um dem zu begegnen, sind die Vermögenden zu einer finanziellen Leistung bereit. Schon das antike «Panem-et-circenses» beruhte auf dieser Einsicht.

Das funktioniert so lange gut, wie sich das ganze System in einem Gleichgewicht befindet: «Die Armen» sind zufrieden und dankbar, dass ihnen geholfen wird, und «die Reichen» empfinden ihre Belastung als erträglich und haben nicht den Eindruck, dass sie betrogen werden. Gegenwärtig droht das System zu kippen: Es wird unzahlbar, und es wird in einem horrenden Ausmass betrogen. Das hat damit zu tun, dass es die über die Jahre entstandene Sozialindustrie kategorisch ablehnt, die Frage, ob jemand verschuldet oder unverschuldet in eine Notlage geraten ist, überhaupt in Erwägung zu ziehen. Sozialhilfe wird als von der Gesellschaft geschuldet betrachtet. Interessant sind in diesem Zusammenhang die aktuellen Debatten über die Frage, ob Griechenland, dass eine Gemeinschaft getäuscht und betrogen hat, ein Recht darauf hat, genau von dieser Gesellschaft gerettet zu werden. Auch hier kommt das Argument des Eigennutzes zum Tragen, was bisweilen die Form einer Nötigung annimmt. Etwa wenn Kosten für ein Sozialprojekt ganz offen damit gerechtfertigt werden, dass die Gefahr drohe, dass die potenziellen Nutzniesser kriminell werden könnten. Umgekehrt ist bisher kaum je der Nachweis gelungen, dass solche als «Prophylaxe!» propagierten Programme tatsächlich einen messbaren Nutzen haben.

Es ist festzustellen, dass unsere Behörden Partei geworden sind. Die Verwaltung und die mit ihr verbandelten Politiker interessieren sich nur noch für die Frage, wie sie an das Geld kommen, das zu verteilen, längst ausgemachte Sache ist. Sie verdrängen dabei, dass sie dafür zu sorgen hätten, dass das System von beiden Seiten als gerecht betrachtet wird. Heute wird nicht einmal der Anschein erweckt, man erachte das Anliegen der Zahlenden als mindestens ebenso legitim wie jenes der Empfänger. Diese verhängnisvolle Geisteshaltung kommt bereits im Sprachgebrauch zum Ausdruck: Die Geber sind die «Steuerpflichtigen», die Empfänger die «Klienten». Steigende Schwarzarbeit und übersteigerte «Steueroptimierung» sind direkte Folge davon. Es schliesst sich ein Teufelskreis.

Das Rad dreht sich immer schneller. Und es ist Ausdruck einer geradezu kriminellen Verantwortungslosigkeit, wenn dem Zürcher Stimmvolk eine Vorlage zur Abstimmung unterbreitet wird, in der jeder Hinweis auf die damit verbundenen Kosten fehlt. Prangerte der linke Frontmann im Regierungsrat nicht erst vor Kurzem die «politische Zechprellerei» an und forderte, wer eine Bestellung aufgebe, müsse auch die Rechnung bezahlen? Das ist nicht falsch, doch würde es in der Folge die politische Redlichkeit gebieten, wenigstens einen Kostenvoranschlag zu präsentieren.

Wie steht es um unseren Sozialstaat? Schauen wir uns die Zahlen an. Diese sind öffentlich zugänglich, und es verwundert darum, dass in diesem Zusammenhang so viel Falsches zu lesen, zu hören und zu sehen ist.

So sieht «sozialpolitischer Kahlschlag» auf Bundesebene aus[1]
(Quelle: Website der eidg. Finanzverwaltung)

(Aufwand in Mio. CHF)	1990	2007	
Allgemeine Verwaltung	1 086 262	2 369 162	118,10%
Justiz, Polizei, Feuerwehr	354 270	865 909	144,42%
Landesverteidigung	6 052 526	4 259 551	–29,62%
Beziehungen zum Ausland	1 580 687	2 260 484	43,01%
Bildung	2 438 124	4 576 726	87,72%
Kultur und Freizeit	233 793	458 321	96,04%
Gesundheit	129 393	259 980	100,92%
Soziale Wohlfahrt	6 860 909	14 820 075	116,01%
Altersversicherung	3 157 706	5 862 928	85,67%
Invalidenversicherung	1 596 931	4 492 269	181,31%
Krankenversicherung	988 004	2 258 690	128,61%
Sonstige Sozialversicherungen	585 365	1 238 910	111,65%
Sozialer Wohnungsbau	120 136	102 346	–14,81%
Fürsorge	412 768	825 209	99,92%
Übriges	–	39 723	
Verkehr	4 679 562	7 537 042	61,06%
Umwelt und Raumordnung	497 044	786 977	58,33%
Volkswirtschaft	3 372 611	4 354 821	29,12%
Finanzen und Steuern	4 330 547	11 609 778	168,09%
TOTAL	**31 615 729**	**54 158 828**	**71,30%**

So sieht «sozialpolitischer Kahlschlag» im Kanton Zürich aus
(Quelle: statistisches Amt des Kantons Zürich)

(Aufwand in Mio CHF)	2002	2008	
Allgemeine Verwaltung	515	580	12,62%
Öffentliche Sicherheit	1 197	1 295	8,22%
Bildung	2 937	3 554	21,02%
Kultur und Freizeit	262	305	16,44%
Gesundheit	2 141	1 347	–37,09%
Soziale Wohlfahrt	1 551	1 757	13,31%
AHV und IV	490	85	–82,66%
Krankenversicherung	404	595	47,28%
Übrige	656	1 078	64,22%
Verkehr	1 302	1 236	–5,07%
Umwelt und Raumordnung	191	206	7,99%
Volkswirtschaft	270	223	–17,43%
Finanzen und Steuern	1 239	1 720	38,85%
Total	**11 604**	**12 224**	**5,35%**

[1] rot: überdurchschnittliches Wachstum, grün: unterdurchschnittliches Wachstum

Gemäss «Geschäftsbericht und Rechnung 2009» des Regierungsrats hat sich die Staatsquote – trotz der «verantwortungslosen Steuersenkungspolitik der SVP»! – seit 1999 von 11 auf 12,2 Prozent erhöht, das ist eine Steigerung um 10,91 Prozent.

Es ist bloss ein schwacher Trost, dass die Situation hierzulande, relativ gesehen, noch besser ist als in anderen Ländern. Doch wurde uns in diesen Tagen auf brutale Art und Weise vor Augen geführt, dass auch europäische Länder vor dem Zusammenbruch nicht gefeit sind. Es gibt viele Staaten, die an zu hohen Ausgaben gescheitert sind, doch ist in der Geschichte der Menschheit noch nie ein Staat daran zu Grunde gegangen, weil er bei den (Sozial-) ausgaben Mass hielt.

(Siehe auch Seite 6 Fadegrad)

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Ernst Frei

Alter: *63 Jahre*

Beruf: *Eidg. dipl. Metallbaumeister, selbständiger Unternehmer*

Gemeinde: *Herrliberg*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
Ich wurde von Bekannten angefragt, ob ich mich nicht in einer Kommission für Herrliberg engagieren möchte. Ich sagte spontan zu und trat der SVP bei, mit 26 Jahren. Ich wurde auch sogleich in die damalige Wasserkommission Herrliberg gewählt.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
In der SVP war ich während 17 Jahren Präsident und Macher der Sektion Herrliberg. Bis ich dann das Amt im Jahr 2007 an Reto Tobler übergeben habe. Seit 2008 bin ich als Gemeinderat im Ressort Sicherheit und Liegenschaften aktiv. In der Wasserkommission arbeitete ich während 16 Jahren und in der Verkehrskommission während 12 Jahren mit. Auch war ich acht Jahre Feuerwehrkommandant, das war eine wunderschöne Zeit, wo ich viele Erfahrungen sammeln konnte und auch eine besonders gute Kameradschaft erlebte.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
Ich hoffe auf eine weiterhin blühende Zukunft unserer Schweiz mit der Wahrung von Freiheit und Eigenverantwortung. Für mich sind dies die nötigen Voraussetzungen, die Grundlage für ein gutes Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger. Wichtig scheint mir auch der Wille zur Zusammenarbeit, zum Mitmachen an unserer Demokratie, denn sie ist in dieser Form einzigartig.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Franz Josef Strauss und Christoph Blocher, weil sie beide mit Witz, Humor und treffenden Worten vieles auf den Tisch brachten, was sonst viele nur dachten. Beide eckten damit (vor allem bei den Journalisten) an. Und natürlich Helmuth Kohl – er hat enorm vieles und Bedeutendes, von besonderer historischer Tragweite angestossen und erreicht.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Mittelfristig werden mich sicher meine Verwaltungsratsmandate in verschiedenen baunahen Betrieben und die Arbeit im Verband (Metallunion) beschäftigen. Auch setze ich mich stark für die Lehrlingsausbildung ein, ich bin z.B. als Finanzchef im Ausbildungszentrum für Metallbaulehrlinge in Effretikon tätig. Doch im Moment halten uns die Wahlen vom 13. Juni auf Trab: Ich kandidiere wiederum für den Gemeinderat und in einer spannenden Kampfwahl mit zwei Gegnern auch fürs Gemeindepräsidium.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

LESERBRIEFE

Rauchen, Gesundheit, Wirtschaft

Zynisch gesagt: 35 Prozent Raucher sorgen seit Jahren dafür, dass sie selber und auch die Passivraucher krank werden. Daraus resultierten viele Arbeitsplätze für die Medizin, das Pflegepersonal und die Chemie. Von den Rauchern profitieren die Tabakindustrie, die Werbung, die AHV, der Staat via Abgaben und Steuern und viele andere mehr. Die immer höher werdende Altersgrenze wird von den Rauchern minimiert und die AHV profitiert (zum 2. Mal) weil angeblich die Raucher früher sterben. Viele werden das Rauchen reduzieren oder ganz aufhören zu rauchen. Die Stammtischrunde verliert wegen Nichtmehrerscheinens der rauchenden Stammgäste an Gemütlichkeit. Die zunehmende Bevormundung löst mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit andere Krankheiten aus. Das erfordert allerdings wieder Arbeitsplätze in Form von Psychologie- und Psychiatriestellen für unterbeschäftigte Akademiker. Die Tabakindustrie, die AHV, die Tabakabgaben, die Mehrwertsteuer und die Werbung werden mit massiven Einbussen zu rechnen haben. Diesen Umständen zufolge erwarte ich, dass die Nichtraucher, 65 Prozent, sich mindestens wegen des jetztigen rauchfreien Klimas in unseren Restaurants, besonderes in den «Dorfbeizlis», sich solidarisch erklären und rege Besucher werden. Die ersten drei Wochen im Mai haben bis jetzt aufgezeigt, dass viele bisherige Gäste fernbleiben bzw. nur noch kurzfristig im Lokal bleiben. Die gemütliche Atmosphäre wurde mit dem Rauch aus dem «Beizli» verbannt, die alteingesessene Jassrunde ist gestorben. Wie lange bringen das die Wirte noch über die Runden? Es geht auch hier um Existenzen. Von den Nichtrauchern ist der Ausfall bis jetzt noch nicht egalisiert worden, und wird auch nie ausgeglichen werden.

Claudio Rossi, Wetzikon

Bundesrat Leuenberger steuerte die Wahl von SRG-Chef de Weck

Wie aus der Sonntags-Presse zu erfahren war, hatte BR Leuenberger bei der umstrittenen Wahl von Roger de Weck, seine Hände im Spiel.

Bundesrat Moritz Leuenberger hat sich in die Wahl des neuen SRG-Direktors eingemischt, obwohl allein der Verwaltungsrat zuständig ist. Und Indizien legen nahe: Der Medienminister hat sogar direkten Einfluss auf die Ernennung von Roger de Weck zum SRG-Chef genommen.

Leuenberger plante, die beiden Kandidaten der Schlussrunde – Publigroupe-Chef Hans-Peter Rohner und Publizist de Weck – zu sehen. Mit de Weck hat er sich intensiv unterhalten. Der Medienminister und sein guter Bekannter trafen sich Anfang Mai, als die Wahl in die heisse Phase ging, im Restaurant im Zürcher Schiffbau. Leuenberger hielt es dagegen nicht für nötig, auch Rohner zu befragen, obwohl diesem vom SRG-Verwaltungsrat ein Gespräch mit dem Medienminister in Aussicht gestellt worden war.

Just in jenen Tagen erklärte Leuenberger in seinem Departement gegenüber verschiedenen Personen, es «kommt jetzt gut» mit der Wahl. Und ebenfalls zeitgleich kündigte der vierköpfige Findungsausschuss dem Gesamtverwaltungsrat an, das Jobprofil für den SRG-Spitzenposten müsse geändert werden – weg vom Manager, hin zum Publizisten.

Nationalrat Ulrich Giezendanner verlangt nun, dass Leuenberger seine Beziehung zu de Weck und die Gründe für das Treffen vor der Wahl offenlegt. Giezendanner setzte sich für einen bürgerlich gesinnten SRG-Direktor ein.

Helmut Kiesalter, Zürich

NEIN zum Entwurf des Integrationsgesetzes

Im Vorentwurf zum Integrationsgesetz des Kantons Zürich ist festgehalten, dass die Wohnortsgemeinden mit neu zugezogenen Migranten bei deren Anmeldung ein Erstgespräch durchführen müssen. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Einwohnerkontrollen werden dabei über die wichtigsten Aspekte der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz und über die Pflichten und natürlich v.a. die Rechte der Migranten und über die Angebote zur Integrationsförderung informieren müssen. Zum einen wird dies den Gemeinden erhebliche Mehraufwendungen bringen, da der von Bund und Kanton verordnete Small-Talk nicht mit den bestehenden Personalressourcen zu bewältigen sein wird. Zum anderen führen die geplanten Massnahmen dazu, dass die Integration zusehends zu einer Bringschuld des Staates verkommt, was kaum Sinn der Sache sein kann. Objektiv betrachtet sind diese Massnahmen allerdings nur eine Fortführung dessen, was viele Bürgerinnen und Bürger in Beruf, Schule und Freizeit im Zusammenhang mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländer schon lange tagtäglich erleben: Die einheimische Bevölkerung hat sich zusehends den Bedürfnissen der Migranten anzupassen – Integration sollte eigentlich in die umgekehrte Richtung laufen!

Der Entwurf zum Integrationsgesetz sieht im Weiteren vor, dass mit neu zugezogenen Migranten eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden kann – im Grundsatz eine begrüssenswerte Sache. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das Ganze allerdings als reine Farce: Ob die Voraussetzungen für den Abschluss einer Integrationsvereinbarung erfüllt sind hat primär die Gemeinde zu prüfen. Erfüllt ist die Voraussetzung dann, wenn die Migranten unzureichend integriert sind, was etwa der Fall sein dürfte, wenn die hiesige Gleichstellung von Mann und Frau nicht respektiert wird. Was passiert nun in der Praxis, wenn eine Gemeinde bspw. im Falle einer muslimischen Familie klare Anhaltspunkte dafür hat, dass die Rechte der Frau nicht respektiert werden und dies dem Kanton meldet? Man wird sich auf die Religionsfreiheit berufen und die Sache ist erledigt – Erinnerungen an die vielen auf dem Rechtsweg wieder aufgehobenen negativen Einbürgerungsentscheide und die damit verbundene Beschneidung demokratischer Volksentscheide und die schleichende Untergrabung der Gemeindeautonomie werden wieder wach. Zu erwähnen wäre da noch, dass eine Integrationsvereinbarung aufgrund der Freizügigkeit bei EG/EFTA-Angehörigen kaum Rechtswirkung erzielen kann: Gerade in Dietikon kennen wir viele Beispiele von Migranten aus dem EU-Raum, die seit Jahrzehnten in unserer Stadt leben, kaum ein Wort Deutsch sprechen und somit nicht wirklich als integriert zu betrachten sind.

In der Gemeinderatssitzung vom 20. Mai hat der Dietiker Stadtpräsident auf eine entsprechende Frage von SVP-Gemeinderat Roger Bachmann bestätigt, dass die vorliegende Fassung des Integrationsgesetzes den Gemeinden Mehraufwand und -kosten verursachen würde und dass der Stadtrat Dietikon u.a. deshalb im Rahmen der Vernehmlassung gegenüber dem Kanton seine Ablehnung zum Gesetzesentwurf signalisiert hat. Die Gemeinderatsfraktion der SVP Dietikon fordert sämtliche Mitglieder des Kantonsrates dazu auf, dem Integrationsgesetz in der vorliegenden Version eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

Gemeinderatsfraktion SVP Dietikon

Im Gespräch mit Gemeindepräsident Hans Heinrich Raths

Am kommenden Samstag, 29. Mai 2010, ist Gemeindepräsident Hans Heinrich Raths auf dem Parkplatz an der Ecke Kemptthal-/Turmstrasse neben dem Migros-Markt in Pfäffikon von 9.00 bis 12.00 Uhr anwesend.

Nutzen Sie die Gelegenheit für ein persönliches Gespräch mit unserem Gemeindepräsidenten. Lernen Sie seine Vorstellungen und Ideen in Bezug auf die Zukunft unserer Gemeinde kennen. Dazu haben Sie die Möglichkeit, die Familieninitiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» zu unterschreiben.

Als Dankeschön schenken wir Ihnen am Stand ein feines Mailänderherz aus Pfäffiker Produktion.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

SVP Pfäffikon ZH

«Die SVP läuft Sturm gegen de Weck»

Wer ab und zu Fernseh-Diskussionen unter Mitbeteiligung von Roger de Weck im Schweizer Fernsehen verfolgt, bedarf keines zusätzlichen Beweises der überheblichen Geisteshaltung des umstrittenen neuen SRG-Generaldirektors. De Weck lässt keine Chance aus, für die Schweiz unbewiesene oder klar widerlegte Nachteile wegen ihrer Nicht-Zugehörigkeit zur EU aufzulisten. De Weck hätte für sein Wohlbefinden besser einen Posten in Brüssel oder egal wo in der EU angetreten. Ob de Weck gegenwärtig überhaupt einsieht, wie unaufrichtig egoistisch manche EU-Mitgliedstaaten – Frankreich inbegriffen! – seit Jahren via EU nationalistische Ziele anstreben? Warum nicht auf Kosten des moralisch verpflichteten Deutschland?

Irgendein Gremium von der Qualität der Bundesrat-Blocher-Abwählenden hat sich für de Weck entschieden. Politisch versöhnliche Töne sind de Wecks Stärke absolut nicht – ausser gegenüber der EU! Seinen Mangel an Versagen und bisher nirgendwo bewiesenen «Managerfähigkeiten» (dokumentiert in «Weltwoche 20/2010») wird de Weck mit einem Heer neuer Mitarbeiter zu übertünchen suchen! Medien-Gewerkschaften frohlocken: neue Arbeitsplätze! Die Antwort aller Ausgetricksten muss lauten: Die elektronische Ermittlung der von Schweizer Zuschauern bevorzugten FERNSEHSENDER – ihre prozentuale BENUTZUNGSDAUER – und als logische Folge ein neuer VERTEILSCHLÜSSEL für eine gerechte Gebührenzuteilung! – Einzig auf diese Weise wird SF-DRS lernen, unbedingt gefordertes Sparen beim heutigen Aufwand von jährlich 1,5 Milliarden Franken umzusetzen! Bisher leider keinesfalls de Wecks Stärke!

Gegenüber SF-DRS sind lokale TV-Sender flexibler, aktueller, beliebter, näher an Konsumenten, vorwiegend über Werbung finanziert und stets gezwungen, haushälterisch zu planen! Deshalb verdienen sie – die lokalen Sender – vermehrte Unterstützung! Gepriesene Zweisprachigkeit und hoher Intellekt rechtfertigen de Wecks Wahl in keiner Weise; für Zwangsgebühren-Zahler entspricht diese Wahl einem ungeheuren Affront!

Josef Lauber, Wetzikon

Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» und Gegenvorschlag des Kantonsrates – 2x nein

Eines gleich vorweg. Ich bin klar der Meinung, dass jede Familie ihre Kinderbetreuung so gestalten und organisieren darf wie sie will, sofern sie der Allgemeinheit nicht zur Last fällt. Ich persönlich bin jedoch der festen Überzeugung, dass die Familien als historisch gewachsene und bewährte Institution der Kern und das Fundament einer jeden Gemeinschaft bilden. Als wichtigstes soziales Netz erbringen sie nämlich unbezahlbare Leistungen für die gegenwärtige und zukünftige Generation. Eltern stehen in der Pflicht, die Verantwortung für Pflege, Betreuung und Erziehung ihrer Kinder selber zu übernehmen. Dass Familien, die am Existenzminimum leben müssen, geholfen wird, ist selbstverständlich. Wer uns jedoch suggerieren will, dass Kinder ein Armutsfaktor und die heutige Situation kinderfeindlich ist, verkennt den wahren Sinn einer Familie. Viele Männer und Frauen sind einfach nicht mehr gewillt, ihre Eigenverantwortung, Eigenleistung und die dazugehörenden Entbehrungen zu ertragen. Der Selbstentfaltungstrieb unserer Ego-Gesellschaft kollidiert mit der zu Konsumverzicht und Selbstbeschränkung lebenden, eigenverantwortlichen Familie. Deshalb verdienen letztere unsere besondere Anerkennung und Förderung, weil Anstand, Fleiss und Aufrichtigkeit auch im 21. Jahrhundert nicht delegiert werden kann. Aber genau diese bewährten Tugenden werden weder in der Volksinitiative noch im Gegenvorschlag erwähnt. Tatsache ist, dass beide Vorlagen die ausserfamiliäre Kinderbetreuung gesetzlich regeln will und somit eine verbindliche Erwartungshaltung entsteht. Beide Vorlagen verschweigen zudem, dass die Kosten für das gewünschte, externe Betreuungsangebot einmal mehr zulasten sämtlicher Steuerzahlenden erhoben wird und somit auch Familien trifft, die vom Betreuungsangebot in keiner Art und Weise Gebrauch machen, weil sie sich eigenverantwortlich ihrer Kinderbetreuung annehmen und sie sich deshalb oftmals nach der Decke strecken müssen. Wenn Befürworter lediglich die glänzenden Vorteile einer rundum versorgenden Kinderbetreuung hervorheben, so verkennen sie schon beinahe vorsätzlich die katastrophalen Folgen dieser absolut falsch verstandenen Familienpolitik. Steigende Jugendkriminalität, Gewaltexzesse, Verluderung von Anstand und Sitte sind nachweislich Auswüchse einer Ideologie, wo niemand mehr für irgendetwas richtig verantwortlich sein will.

René Isler, Winterthur

BERICHT: ACHT JAHRE SOZIALBEHÖRDE

Für einen glaubwürdigen Sozialstaat

Ist es anmassend, nach acht Jahren Tätigkeit in einer kommunalen Sozialbehörde eine Bilanz zu ziehen? Oder ist es gerade der richtige Zeitpunkt und nichts weiter als eine Pflicht und Schuldigkeit, Rechenschaft über eine an sich delikate Tätigkeit abzulegen!

DANIEL WÄFLER
GOSSAU ZH

Ich gehe von der zweiten Sichtweise aus und wage mich als Milizbehördenmitglied daran, die Herausforderungen der bisherigen und zukünftigen Sozialpolitik zu umreissen.

Beim Stichwort Milizprinzip möchte ich jedoch kurz verweilen und betonen, dass es für den Föderalismus unverzichtbar ist, auf Laienbehörden und Milizpolitiker zurückzugreifen. Das breite berufliche Spektrum und die Lebenserfahrung dieser Bürger sind gewaltige Ressourcen, die in Superbehörden und reinen Profiparlamenten fehlen würden.

Heute kann beispielsweise die Sozialbehörde von Gossau, spezifische auf ihre Gemeinde zugeschnittene Lösungen finden, die Behörde von Wetzikon macht dasselbe für ihr Umfeld und die Mauremer Behörde ebenfalls.

Die Behördenmitglieder kennen ihre Gemeinden so gut wie niemand anders und sind dort auch Steuerzahler, die ihr eigenes Geld ausgeben und dafür auch gerade stehen. Wenn die Profibehörden kommen, wird all dies verschwinden und die Vorteile einer Professionalisierung werden in keinem Verhältnis zu den Nachteilen stehen.

Das neue Erwachsenenschutzrecht (Vormundschaft) ist ein Musterbeispiel für die aktuelle Entwicklung, bisher liegt die Verantwortung bei den kommunalen Vormundschafts- oder Sozialbehörden. Die Beamten des Bundes planten aber schon vor Jahren eine Reform des Erwachsenenschutzrechtes, welche eine Zentralisierung und Professionalisierung der Behörden vorsieht. Pro Kanton soll es noch eine grosse Profibehörde geben, die allenfalls noch von den in ihren Befugnissen stark eingeschränkten lokalen Behörden unterstützt werden kann.

Trotz einer Vernehmlassung auf Bundesebene, hatte die Politik nicht reagiert und die Gefahr für unser Milizsystem unterschätzt oder willentlich in Kauf genommen.

Wie bei den veralteten Tiger Kampfjets so ist auch bei gewissen Politikern die Reichweite des Radars beschränkt oder nicht mehr zeitgemäss.

Die Bundesversammlung verabschiedete im Dezember 2008 eine Revisionsvorlage, deren wesentlicher Bestandteil die Professionalisierung der Vormundschaftsbehörden darstellt. Die Kantone sind seither unter Zugzwang und betreiben Schadensbegrenzung. In einer kantonalen Vernehmlassung des Regierungsrates lehnten die Zürcher Gemeinden das neue Erwachsenenschutzrecht grossmehrheitlich ab und forderten eine Lösung in enger Anlehnung an das bisherige Recht. Doch die Gesetze auf Bundesebene sind bereits gemacht und es scheint unausweichlich, dass etwas Bewährtes abgeschafft wird und an dessen Stelle eine teure Kopfgeburt gesetzt wird.

In den Fachgremien wird man zukünftig aufgrund unseres Psychologen und Ärztemangels auf Leute aus Hamburg oder Düsseldorf angewiesen sein, die dann Entscheide für Gossau, Wetzikon oder Maur fällen werden.

Dies ist keine gute Entwicklung und wird eine weitere Entfremdung zwischen Staat und Bürger zur Folge haben. Unser Staat ist von unten her gebaut worden (der Ustertag und der Züriputsch sind imposante Beispiele des Volkswillens) und soll auch weiterhin von Leuten getragen werden, die von der Basis herkommen. Dies wird die Bedeutung der Verwaltung nicht schmälern, doch im Gegensatz zur Politik neigt eine Verwaltung, sobald geschaffen, dazu, sich weitere Befugnisse zu erheischen und den Apparat auszubauen. Sogar der ehemalige sozialdemokratische deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt schrieb in seinen Erinnerungen: «Es handelt sich um ein Paradebeispiel für die allgemeine Lebenserfahrung, nach der eine einmal geschaffene Bürokratie die Tendenz verfolgt, ihre Kompetenzen nach Möglichkeit auszuweiten, jedenfalls aber ihre Existenz zu perpetuieren.»

Hier ist Wachsamkeit der Bürger und ihrer politischen Vertreter gefordert, ansonsten wird die Miliz immer weiter marginalisiert und der Bürger schleichend entmündigt.

Die Tätigkeit einer Sozialbehörde ist vielseitig und interessant, ich habe in den letzten acht Jahren viel über unsere Gesellschaft gelernt. Eine weitsichtige Behörde stellt für viele Schicksale die Weichen und schafft neben der existenziellen Grundlage der Einzelnen, auch Würde für die Schwächsten der Gesellschaft. Dies ist ein kostbares Gut, das es nicht zu verschütten gilt. Denn jeder Einwohner kann in eine Situation geraten, wo er oder seine Nächsten auf die Hilfe einer Sozialbehörde angewiesen sind oder deren Massnahmen zu spüren bekommt. Daher ist es im Interesse aller Bürger die Glaubwürdigkeit dieser Institution zu wahren und gegen Schmarotzer vorzugehen.

Die Herausforderung stellt sich bei der Bemessungsgrundlage der Sozialhilfeabhängigkeit, hier haben studierte Sozialarbeiter ganz andere Vorstellungen als Leute aus der Privatwirtschaft.

Die Wirtschaft ist auf Billigarbeitskräfte angewiesen, was eine ärmere soziale Schicht mit sich bringt, speziell im Einwanderungssegment. Die Sozialarbeit hingegen sieht dies als ungerecht an und möchte mit Steuergeld soziale Gerechtigkeit schaffen, was nicht ihr Auftrag ist!

Die Sozialhilfe ist zwar nicht übertrieben hoch, trotzdem kann es durchaus sein, dass eine vierköpfige oder grössere Familie mit Sozialhilfe besser fährt, als wenn beide Elternteile arbeiten würden. Hier spricht man von Schwelleneffekten, die man zwar zu vermeiden sucht, letztlich jedoch Realität sind. Working Poor (Arbeitende Arme) fahren so schlechter als mancher Sozialhilfeempfänger, der auf Kosten des Staates lebt.

Das Zauberwort heisst Empathie, es ist letzten Endes auch eine Ermessensfrage, ab wann jemand Unterstützung durch den Staat verdient, meiner Meinung nach muss der Arbeitende aber in jedem Fall mehr haben als der Unterstützte. Ansonsten lohnt sich das Arbeiten nicht mehr und unsere Ordnung wird untergraben, hier besteht Handlungsbedarf!

Die Bundesverfassung sagt in Artikel 12: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Dies ist eine grosse Errungenschaft für unser Land, doch geht oft vergessen, dass jeder auch Pflichten gegenüber der Allgemeinheit hat und nach eigenen Kräften eine Abhängigkeit verhindern muss.

Wo die Grundlagen (Deutschkenntnisse) fehlen, oder ein Problem (Alkoholismus) vorliegt, muss den einzelnen ein Weg aufgezeigt oder geholfen werden. Doch grundsätzlich muss von allen verlangt werden, zu arbeiten und für sich selber zu sorgen.

Gerade im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit müssen auch alternative Wege beschritten werden. Wer keine Lehrstelle bekommen kann, soll dies nicht als Katastrophe betrachten und dann in staatliche Programme gesteckt werden, sondern arbeiten gehen, bis sich eine Chance zur Ausbildung ergibt. Ansprüche dürfen bei Jungen gar nicht erst geweckt werden, sondern nur der Wille, das eigene Glück zu schmieden. Mancher erfolgreiche Unternehmer hat so angefangen.

Die Ansprüche der heutigen Gesellschaft an den Sozialstaat sind viel zu hoch und werden sich nicht immer halten lassen. Bereits jetzt ist die IV und AHV in finanzieller Schieflage, EO und ALV sind auf demselben Weg. Wer sich seriös mit dem Altersbericht seiner Gemeinde befasst hat, kann sich etwa vorstellen, was für Auswirkungen die Überalterung haben wird. Dies wird ganz neue soziale Modelle erfordern und vielleicht auch Chancen mit sich bringen. Entscheidend wird jedoch sein, dass der Staat nicht mehr so viel Mittel in den Einzelnen investieren kann wie heute. Die Sozialpolitik von heute muss in den Kosten darauf ausgerichtet sein, dass morgen weniger Folgekosten entstehen. Der Franken muss gut investiert sein, so dass auch die künftige Generation etwas davon hat.

Prävention ist vor allem in den Bereichen Arbeitsgesundheit und psychisches Wohlbefinden erforderlich, um die IV-Raten und Gesundheitskosten zu senken, das Burn-out muss als Kostenverursacher ernst genommen werden und es ist entsprechend zu handeln. Wenn wir heute kleine Kosten in diesen Bereichen scheuen, dann kennen wir die Folgekosten noch nicht.

Im Asylbereich müssen die Verfahrensdauern verkürzt werden und Wegweisungsentscheide postwendend umgesetzt werden.

Gerade in diesem Bereich machte mir die Trägheit der Migrationsämter und Asylbetreuer immer wieder zu schaffen. Würde es nach der Mehrheit der Ausländer gehen, so wäre dieses Problem gelöst und die Ausschaffungsinitiative bereits angenommen, doch unsere Eliten tun sich schwerer damit.

Völlig unverständlich ist mir, das Rückkehrprogramme für abgewiesene Asylbewerber freiwillig sind! Und diese Menschen müssen trotz negativem Bescheid des Bundes, von den Gemeinden betreut werden.

Wird dann etwa eine Familienbegleitung nötig, so kann dies den Steuerzahler pro Jahr über 60 000 Franken kosten. Dies sind gewaltige Missstände, die weder den wirklich Bedürftigen der Dritten Welt gegenüber korrekt sind, noch gegenüber dem Steuer zahlenden Bürger, so hat sich Henri Dunant die humanitäre Schweiz sicher nicht vorgestellt.

Nach acht Jahren Behördentätigkeit kann ich auf viele schwierige, jedoch richtige Entscheide zurückblicken und mit gutem Gewissen unsere sozialen Errungenschaften verteidigen. Doch ich weiss auch, dass dies nicht in Stein gemeisselt ist und dass das Geld zuerst verdient werden muss.

Daher ist es unsere Pflicht, gegen Missbräuche und Ausuferungen vorzugehen und unsere sozialen Errungenschaften sowie das Milizsystem zu verteidigen.

MULTI-KULTI-INTEGRATIONSVERKLÄRUNG GEPLATZT

Zum Totschlag von Zürich-Höngg

Die blosse Tötung der «unbotmässigen» Tochter, zum Beispiel mit einer Schusswaffe, reichte dem in seiner patriarchalischen Ehre zutiefst beleidigten muslimischen Vater nicht. Er wollte – nachdem alle andern Familienmitglieder die gemeinsame Wohnung zuvor zu verlassen hatten – die bestialische Brutalität. Die Axt wurde seine Waffe.

ULRICH SCHLÜER
NATIONALRAT SVP
FLACH

Unfassbar, was zur brutalen Bluttat von Höngg, begangen an einem sechzehnjährigen Mädchen vom eigenen Vater, nachträglich alles bekannt wird. Nicht nur die Grausamkeit dieser Tötung erschüttert. Auch das Versagen der in Multi-Kulti-Illusionen gefangenen Behörden kann bloss fassungslos zur Kenntnis genommen werden.

Es begann mit Asylmissbrauch

Am Ursprung der Einwanderung der pakistanischen Familie stand ein aktenkundiger Asylmissbrauch. Gelebt hat die sechsköpfige Familie seit nunmehr fünfundzwanzig Jahren vor allem von der Sozialhilfe, also auf Kosten hiesiger Steuerzahler Die familiären Schwierigkeiten liessen einen Betreuungs-Apparat nicht nachvollziehbaren Umfangs Tatsache werden – alles auf Kosten der Steuerzahler. Sowohl ein «Familienbegleiter» als auch ein «Erziehungsbeistand» waren als amtliche, staatsbesoldete Funktionäre im Dauereinsatz für diese Familie. Für mindestens eines der Kinder ist zusätzlich eine amtliche Fremdplatzierungs-Bürokratie tätig. Dem sechzehnjährigen Mädchen, das am 10. Mai 2010 von seinem Vater mit der Axt zu Tode geschlagen worden ist, war ein amtlicher Beistand beigegeben worden. Die Arbeitslosigkeit des Familien-«Ernährers» mobilisierte weitere Heerscharen von Sozialfunktionären. Mit aller Gewalt bzw. unbegrenztem Kosteneinsatz hätte die «Integration» dieser schlicht und einfach jede Anpassung an hiesige Gepflogenheiten und hiesiges Recht verweigernden Familie erzwungen werden sollen. Es diktierte Multi-Kulti-Ideologie linker Behörden. Von Vernunft und Einsicht in kaum beeinflussbare Realität keine Spur.

Heerscharen von Funktionären

All die Funktionäre, die für die integrationsverweigernden Einwanderer unter Dauerstress standen, schrieben zweifellos Hunderte von Seiten an amtlichen Berichten, die alle registriert, ins Reine geschrieben, verarbeitet, archiviert sein wollten. Man kann ja nie wissen ob man die Rapporte nicht doch irgendeines Tages noch brauchen würde?

Zürichs Sozial-Bürokratie, gefangen im illusionären Multi-Kulti-Diktat der links-grünen Stadtregierung, dürfte für diese einzige Familie Hunderttausende von Franken – im Blick auf den nunmehr seit fünfundzwanzig Jahren anhaltenden Dauereinsatz ist durchaus auch ein Betrag in siebenstelliger Höhe denkbar – aufgebracht haben. Erreicht wurde damit nichts als ein tödlicher Schlag mit einer Axt.

Nach der Tat musste der Betreuungs-Apparat noch ausgebaut werden. Auch die Nachbarn am Ort der grauenerregenden Tat benötigen Unterstützung. Nicht zuletzt deshalb, weil diese, wie Zeitungsleute rasch herausgefunden haben, die von den Behörden notorisch verdrängte Realität, vor allem die unüberhörbare Gewalttätigkeit des muslimischen Familien-Diktators längst registriert, längst durchschaut, längst auch gemeldet hatten. Sie liefen mit ihrem Wissen gegen eine Mauer. Auf Anordnung der in ihrer Multi-Kulti-Ideologie gefangenen Behörden musste die Realität ausgeblendet werden.

«Normalfall»

Der zuständige Stadtzürcher Sozialamts-Vorsteher, SP-Stadtrat Martin Waser, nimmt seine Betreuungs-Bürokratie in Schutz. Niemand habe das Fürchterliche voraussehen können, beteuert er wortreich. Warum – muss sich der Stadtrat als Gegenfrage wohl gefallen lassen – sah sich Wasers Sozialamt (wohl auch schon Wasers Vorgängerin Monika Stocker) also veranlasst, einen derart exorbitanten Betreuungs-Apparat für diese einzige Familie überhaupt aufzubauen? Heisst Wasers Beteuerung, dass derart uferlose Betreuungs-Orgien zugunsten hier lebender integrationsunwilliger muslimischer Familien «Normalfälle» sind?

Entspricht die Idee, muslimischen Familien, die hier familiäre Gewaltherrschaft ausleben wollen, durch muslimische «Familienbetreuer» – wie das im Fall Höngg Tatsache war – umsorgen zu lassen, etwa zürcherischer Regel? Auf dass muslimische Betreuer den hiesigen Behörden als «Normalfall» darstellen, was in archaisch-muslimischen Ländern vielleicht noch Regel, hier aber schlicht und einfach Gesetzesbruch ist? War das Erschlagen des sechzehnjährigen Mädchens mit einer Axt also nötig, bis die Öffentlichkeit endlich auf die Ungeheuerlichkeit behördlicher Tarnung der Tolerierung von archaisch-muslimischem Scharia-Recht aufmerksam wird, das staatsbesoldete muslimische Familienbetreuer hiesigen Ämtern als «Normalfall» darzustellen belieben? Auf dass schliesslich ein argloser Stadtrat der Öffentlichkeit als «Normalfall» darstellt, was sich in Wahrheit zum geradezu klassisch anmutenden muslimischen «Ehrenmord» entwickelt?

Ist es Teil eines aus muslimischem Denken erklärten «Normalfalls», dass dem Freund des so grausam zu Tode geschlagenen Mädchens die Teilnahme am Begräbnis seiner Freundin verboten werden darf – nur weil dieser junge Freund ein Christ ist und als Christ lebt? Muss im linksgrünen Zürich neuerdings als «Normalfall» akzeptiert werden, dass eine muslimische Familie den christlichen Freund der aus der eigenen Familie heraus ermordeten Tochter vom Begräbnis dieses Verbrechens-Opfers ausschliessen darf?

Was sagt der Souverän?

Wenn ein in ganz anderer gesellschaftlicher Tradition gross gewordener und lebender muslimischer Familienbetreuer hiesigen Behörden solches als «Normalfall» mundgerecht zu machen versteht, dann wird deutlich, in welch beängstigendem Ausmass diese in ihrem Multi-Kulti-Wahn gefangene Behörde den Blick auf hiesige Ordnung und hiesiges Gesetz verloren hat.

Drängt es angesichts solcher Erkenntnis nicht auch den Bürger, Teil des Souveräns unseres Landes, zu einigen grundsätzlichen Überlegungen? Muss der Staatsbürger, mit derart von angeblichen «Normalfällen» geblendeten Behörden konfrontiert, zum Schutz unseres Landes und des hier geltenden Rechts nicht zwangsläufig das Begehren stellen, dass, wo elementare Grundsätze unserer Rechtsordnung der Multi-Kulti-Verblendung von Behörden zum Opfer fallen, muslimische Einwanderung, insbesondere muslimische Einbürgerung ganz einfach nicht mehr stattfinden darf?

Doch Achtung: Wer solche Überlegung öffentlich zu äussern sich getraut, riskiert ein Rechtsverfahren. Die Augen und Ohren Georg Kreisens Anti-Rassismus-Kommission lauern überall. Behörden dagegen, die sich in törichter Multi-Kulti-Verblendung offensichtliches Unrecht als «Normalfall» aufschwatzen lassen und mit ihrem daraus resultierenden Laisserfaire schliesslich gar mitschuldig werden an einem Verbrechen, das wohl in die Kategorie des muslimischen Ehrenmords gehört – diese Behörden bleiben von Justiz und Medien unbehelligt.

Fadegrad

Aus Beispielen lernen

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Nein, ich glaube nicht, dass Horte und Krippen den Kindern schaden. Im Gegenteil dürfte es für die Kleinen eher besser und auf jeden Fall spannender sein, mit Gschpänlis zu spielen als allein mit der Mutter zu Hause zu hocken. Letztlich ist es aber eine private Entscheidung, ob jemand sein Kind zur Krippe schickt oder nicht. Es besteht kein überwiegendes öffentliches Interesse daran, den Eltern diese Entscheidung abzunehmen. Warum auch? Es ist schliesslich auch eine private Entscheidung, ob jemand Kinder will oder nicht. Es sollte schon nicht so sein, dass Eltern für ihren Kinderwunsch mit Nachteilen bestraft werden. Kinder aufzuziehen bedeutet aber in jedem Fall, über eine lange Zeit mit Einschränkungen in der persönlichen Freiheit zu leben. Kinder kosten auch und zwar in etwa ein Einfamilienhaus. Aber Kinder zu haben, ist die eigentliche Daseinsberechtigung für ein Paar. Man kann mir da sagen, was man will. Kinder motivieren ihre Eltern zu Höchstleistungen. Wie gesagt, es ist eine private Entscheidung, ob man diese Verantwortung aber auch dieses Glück auf sich nehmen will oder nicht. Es kann nicht sein, dass die Öffentlichkeit grundsätzlich für die negativen Seiten der Elternschaft aufkommen muss. Die Eltern müssen selbst entscheiden, wie sie die Betreuung ihres Nachwuchses sicherstellen wollen. Wenn beide arbeiten möchten, verdienen sie mehr, müssen aber wohl für die Betreuung zahlen. Wenn ein Elternteil die Sorge übernimmt, verdient das Paar weniger, aber hat auch weniger finanziellen Betreuungsaufwand. Private Entscheide müssen privat finanziert werden. Jede bezogene Leistung hat ihren Preis. Leider grassiert auch bei uns zunehmend die Illusion, man könne Leistungen beziehen, aber den Preis nicht selbst bezahlen. Über die Umverteilung sollen alle Bürgerinnen und Bürger den Eltern die Kinderkrippe finanzieren. Aber nicht nur das, auch die günstige Wohnung und die Krankenkasse und die Frühpensionierung und, und, und. Die Stadt Zürich führte vor etwa zehn Jahren die staatlichen Krippen ein. Sie sollten kostendeckend arbeiten. Ärmere Leute sollten wenig zahlen, Reiche mehr. Weil natürlich möglichst viele Leute wenig zahlen sollten, waren die Tarife für die «Reichen» umso höher. Resultat: Es fanden sich keine «Reichen» bereit, die Kosten zu übernehmen. Wer viel bezahlt, will auch eine hohe Leistung und nicht staatlichen Einheitsbrei. Das Experiment war gescheitert. Aber es wurden nicht die Tarife angepasst, es wurde das Ziel der Kostendeckung aufgegeben. Jetzt zahlen alle Steuerpflichtigen für eine Leistung, die nur wenige in Anspruch nehmen. Das sei sozial, sagen die Illusionisten. Doch am Schluss platzt die Blase. Der Preis muss irgendwann bezahlt werden. Griechenland sollte Warnung genug sein – und Portugal, und Spanien, und Italien, und, und, und?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Galopp in die neue Legislatur – Steuergelder «à discrétion» zum Verheizen

An der ersten Sitzung in der neuen Legislatur wurde Marina Garzotto zur neuen Präsidentin des Zürcher Stadtparlamentes gewählt. Ihr gutes Ergebnis konnte die für ein Jahr als höchste Zürcherin amtende SVP-Politikerin an der anschliessenden, sehr schönen Feier im legendären Albisgüetli würdevoll in die Geschichte eingehen lassen. An der ersten Arbeits-Sitzung, an der wieder Millionen an Steuergeldern «à discrétion» verheizt wurden, konnte die neue Ratspräsidentin wenigstens gleich den Tarif der von ihr geforderten Disziplin durchgeben.

B. IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Es war eine sehr schöne Feier, mit der die neue Präsidentin des Stadtparlamentes, Marina Garzotto, vor einer Woche im Albisgüetli ihr Amtsjahr beginnen konnte. Der Rahmen war würdevoll und die Stimmung sehr gut: Damit wurde auch für die SVP wieder eine gute Wegmarke gesetzt. An ihrer ersten Arbeitssitzung, die Marina Garzotto dann leitete, gab sie auch gleich den Tarif durch: Sie forderte Ruhe ein, wenn es zu laut wurde im Saal und einen Vertreter der Grünen schickte sie hinaus, als er verbotenerweise meinte im Ratssaal telefonieren zu können.

Kehrichtverbrennung: über 70 Millionen zum Verheizen

Kernstück der Sitzung war ein Kredit in der stolzen Höhe von über 72 Millionen Franken, mit dem ein neues Logistikzentrum in der Kehrichtverbrennungsanlage Hagenholz errichtet werden sollte. Bruno Wohler von der SVP vertrat in seiner sachlichen Art die ablehnende Minderheit mit zwei Argumentationslinien: So sei diese Anlage denkbar ineffizient an diesem Standort, weil sie da nur heisse Luft produziere, statt dass die Abwärme sinnvoll genutzt werde. Er plädierte daher für einen anderen Standort, an dem diese sonst brach liegende Wärme wenigstens genutzt werden könne – das wäre in der Gegend der Universität Irchel der Fall. Zum zweiten sei das Gebäude, das um jeden Preis zum Minergiestandard gebaut werden solle, zu teuer, weil allein dieses Minergie-Label zehn Millionen koste. Der Referent verwies auch auf die beiden Kässeli, die hinter dem Projekt stehen: Einerseits ist es die Kasse des Steuerzahlers, anderseits jene der «Mieter», die den Nutzen zum Marktpreis erwerben können: Klar sei, dass die SVP da auf die Vermietung zu Marktpreisen setze.

Es ist in der Tat ein Widersinn, wenn man in eine unnötige Öko-Minergie einen zweistelligen Millionenbetrag steckt, umgekehrt aber denkbar unökologisch vorhandene Energie dann verschwendet und damit bloss das Vaterland heizt. Doch alle Vernunft in der Argumentation nützte nichts, weil der Rat beschloss, diese 72 Millionen ineffizient zu verheizen und in der Luft des Vaterlandes zu verpuffen.

Alle Macht dem Velo – in der neuen Legislatur wie in der letzten schon

Auch bei einer Weisung zu Velowegen über die Hardbrücke hatte die Vernunft kurze Beine oder präziser kleine Räder, plädieren die Grünen mit ihrer Motion doch für den Luxus einer Velorennbahn auf einer Brücke, die sie sowieso ablehnen. Sollen die Velowege dann rein virtuell sein? Kurt Hüssy vertrat denn auch den Standpunkt, der keine Mehrheit finden sollte mit viel Engagement. Er verwies auf den Richtplan, der aber im Dunkeln lässt, wo denn genau der Veloweg verläuft: auf der Hardbrücke oder darunter. Auch wies er dabei darauf hin, dass bei den Auf- und Abfahrten unlösbare Sicherheitsrisiken bestehen würden.

Bei einem roten Postulat zum Ausbau von Velowegen – diesmal am Agnes-Robmann-Weg – wollte Kurt Hüssy zunächst eigentlich gar nichts mehr sagen, nachdem sich schon Roger Liebi, der Stadtparteipräsident der SVP zum Vorstoss geäussert hatte. Das wäre indes eine falsche Bescheidenheit gewesen, denn mit seinem Votum holte Kurt Hüssy auch noch einen Heiterkeitserfolg ab: Er bezeichnete den Aufwand für den Ausbau des Veloweges nicht nur als unverhältnismässig, sondern er konterte auch das Argument des zu schmalen Weges: Wenn er denn schon zu schmal sei, wäre das kein Problem, wenn die Veloraudis ein wenig Rücksicht nehmen würden; und wenn sie das nicht fertig bringen, so können sie das Velo auch ein Stück weit stossen – da wo der Veloweg zu schmal sei; schliesslich verlange man auch von den Autofahrern, ein Stück weit zu Fuss zu gehen, wenn sie auf der Post schnell ein Paket aufgeben müssten. Damit hatte der Verkehrspolitiker seinen Grosskampftag gehabt und seine nun beginnenden Ferien von drei Monaten verdient.

Überraschende Wende für Affoltern …

Interessant war die Debatte um eine Eisenbahnunterführung beim Bahnhof Affoltern: Zwar war es ein Postulat aus dem Kreis der EVP, doch die SVP unterstütze dieses Postulat mit engagierten Voten von Vertretern aus dem Quartier Affoltern: Daniel Regli zeigte denn auch in seinem Votum und in einer verteilten Dokumentation auf, welche Situation da droht, wenn im Quartier rund 1200 neue Wohnungen gebaut werden. Auch Thomas Schwendener stellte in Aussicht, dass ohne Massnahmen zur Beseitigung des Niveauüberganges spätestens im Jahre 2016 das Chaos drohe. Für Theo Hauri war das ebenfalls ein Heimspiel, eines von der Art, in dem er mit seinem Sachverstand wie so oft eindrücklich punkten kann. Bemerkenswert war, dass SP und Grüne in einer rotgrünen Allianz für eine Ablehnung des Postulates und damit für das Verkehrschaos votierten, während die neu im Rat vertretenen Grünliberalen den Vorstoss unterstützten: und so fand er denn auch eine Mehrheit.

… und die alte Leier

Theo Hauri legte sich weiter mehrmals mächtig ins Zeug bei der Begründung von Ablehnungsanträgen – so auch bei jenem Vorstoss, der einen Ausbau des Cargo Trams forderte; dazu meine Thomas Schwendener, dass die Linke ihren Schrott (damit war eigentlich der Vorstoss gemeint) doch auf eigene Kosten und nicht auf jene des Steuerzahlers entsorgen sollte. Doch auch dieser Vorstoss wurde – wie viele andere auch – gegen die 24 Stimmen der SVP überwiesen.

SVP der Stadt Zürich

Abstimmungsparolen vom 13. Juni 2010

Städtische Abstimmungs-Vorlagen

Beschluss durch den Vorstand der SVP der Stadt Zürich:

- **Ersatzneubau Altersheim Trotte, Umbau Altersheim Sydefädeli, Objektkredit 62 Mio. Franken** — **JA**
- **Änderung der Gemeindeordnung, Auflösung der Dienstabteilung Stadtküche** — **JA**
- **Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen** — **NEIN**

Beschluss durch die Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich:

- **Erweiterungsbau Landesmuseum: Standortbeitrag inkl. Landabtretung von 10 Mio. Franken** — **NEIN**
- **Schmiede Wiedikon und Umgebung, Neugestaltung Strassenraum, Objektkredit 3,15 Mio. Franken** — **NEIN**
- **Volksinitiative «Freie Allmend»**
- **Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen»** — **NEIN**

Ersatzwahl in das Bezirksgericht Zürich

Die SVP der Stadt Zürich unterstützt die gemeinsam vorgeschlagenen Kandidaten der Interparteilichen Konferenz des Bezirks Zürich (IPK):

- **Baumgartner Annette (CVP)**
- **Bezgovsek Rok (SP)**

Schulkreis Uto / Neuwahl des Präsidiums

Die SVP unterstützt den bürgerlichen Kandidaten

Christian Aeschbach (FDP)

Marina Garzotto ist höchste Zürcherin

In der ersten Gemeinderatssitzung der Legislatur 2010 bis 2014 vom 19. Mai 2010 wurde Marina Garzotto mit gutem Resultat für ein Jahr zur höchsten Zürcherin gewählt.

BRUNO SIDLER GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Mit Marina Garzotto wird die erste SVP-Frau das Szepter führen im Zürcher Stadtparlament. Die neue Ratspräsidentin weiss, was im neuen Amt auf sie wartet, denn sie ist bereits seit 1997 im Rat dabei und kennt den Betrieb. «Ich bin mir bewusst, dass das Amt nicht nur Zucker schlecken ist», sagte sie in ihrer Antrittsrede, «Repräsentationspflichten sind zwar schön, wichtiger jedoch ist die Führung im Ratssaal und in den Bürositzungen».

Effizienter Ratsbetrieb

Wer einen Blick auf die Traktandenliste des Zürcher Gemeinderates wirft, kann unschwer erkennen, dass auch die neue Ratspräsidentin ein gewaltiges Erbe anzutreten hat. Rund 400 persönliche Vorstösse harren dort der Erledigung, die ältesten stammen aus dem Jahr 2006. Marina Garzotto machte in Ihrer Antrittsrede deutlich, dass es nicht in der Macht der Präsidentin steht, diesen Pendenzenberg abzutragen. Sie erinnerte die Ratsmitglieder daran, dass sie es in erster Linie in der Hand haben, sei es in Bezug auf die Anzahl der eingereichten Vorstösse oder in Bezug auf die Redefreudigkeit, wie effizient der Ratsbetrieb läuft und wie schnell der Umfang der Traktandenliste verringert werden kann. Neu im Amtsjahr kommt dazu, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderates Zusatzsitzungen vorschreibt, sobald die Anzahl der Vorstösse in einem Departement eine bestimmte Höhe erreicht. Das heisst konkret, dass der Gemeinderat im neuen Amtsjahr bis zum Herbst 2010 jeden Mittwoch Doppelsitzungen durchzuführen hat.

Respekt und Toleranz

Wie alle Vorgängerinnen und Vorgänger hat sich auch Marina Garzotto einiges vorgenommen für ihr Präsidialjahr. Vor allem will sie einen vollen Einsatz leisten, um das Ziel einer guten und effizienten Führung erreichen zu können. Als Moderatorin will sie den Rat so lenken, dass er möglichst optimale Ergebnisse in seiner Tätigkeit erzielen kann. Sie will sich gemäss Antrittsrede bemühen, gerecht und unparteiisch zu sein und Fehler zu verzeihen und hofft auf Gegenrecht, wenn ihr ein Lapsus passiert. Sie will aber auch anstreben, dass der Rat – trotz der manchmal hitzigen politischen Auseinandersetzungen – einen Umgang pflegt, der von Respekt und Toleranz geprägt ist. So bat sie in ihrer Antrittsrede, «seien Sie höflich zueinander und bewerfen Sie sich nicht mit Schimpfwörtern, denn das dulde ich nicht.» Persönlich hat sich Marina Garzotto vorgenommen, in diesem stark belasteten Präsidialjahr «als Mensch nicht unterzugehen». Die waschechte Zürcherin – hier geboren und aufgewachsen – ist auch stolz, dass sie als höchste Zürcherin für diese schöne Stadt amtieren darf und wertet dies als Höhepunkt in ihrer politischen Karriere.

Antrittsrede – neue Ratspräsidentin Marina Garzotto.

Feier mit Alphornklängen

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

1 Greuter Handschiebe-Plattenwaage, 500 kg, sehr guter Zustand, günstig, Tel. 079 326 09 53.

Obstharassen à Fr. 2.–; **25-Liter-Süssmostflaschen** à Fr. 10.–; **1-Liter-Flaschen** (Granini) à Fr. –.25; **0,5-Liter-Bügelverschlussflaschen** à Fr. 2.–. Telefon 079 767 23 89.

Kunststofftank, Heizöl/Diesel, 2000 l, 100% Metall-Auffangwanne, Entlüftungsstutzen, Füllstandsanzeige, frisch gereinigt, Top-Zustand, Fr. 300.–, ab Platz Rafz ZH, Tel. 044 869 09 79.

Drehkolbenpumpe auf Anhänger mit Sparzapfwelle 10 bar, neu Fr. 6000.–, Abgabe Fr. 4000.–, neuwertig mit Saugleitung. Tel. 044 821 58 28.

Tiefkühltruhe, Ex Volg-Laden, mit Plexiglas-Schiebedeckel, gut geeignet für Glaceverkauf oder Tiefkühlprodukte, 270 l, Fr. 150.–. Edwin Bolleter, Schumbelstr. 39, 8706 Meilen, Tel. 044 923 02 34.

Jeep Grand Cherokee,
Fb. Grün met. 5,2 l, 180 000 km, 1. VS 1994, Ledersitze, sehr gut erhalten, unfallfrei, Fr. 5500.–.
Frau Teodoru,Tel. 079 937 08 88.

Peugeot Look 206,
1,4 l, 5 T., 75 000 km, 1. VS 05, Fb. Silber met., sehr guter Zustand, unfallfrei, Fr. 11 000.–.
Frau Teodoru, Telefon 079 937 08 88.

Heimeliges **Knusperhäuschen** in Lumner Trun, 4 Schlafzimmer, Stall, div. Keller, Garage, Aussenabstellplätze, kleiner Garten, VP Fr. 350 000.–, inkl. Mobiliar, Tel. 081 911 33 00.

Zu verkaufen an guten Platz: **Rappgespann**, 2 dreijährige elegante Warmblutwallache, zweispännig gefahren. Danebst diverse Reit- und Fahrsportzubehör. Kutschercenter Eglisau,Toni Vogt, www.laubihof.ch, Telefon 044 867 08 08.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Münzen (auch ganze Sammlungen oder Erbschaften), Silber- und Goldbarren, Altgold und Altsilber zu guten Preisen. Ch. Gäumann, Tel. 079 432 48 91.

Junge Schweizer Familie sucht **freistehendes Bauern- oder Einfamilienhaus** mit Umschwung im Zürcher Oberland. Tel. 076 571 14 04.

Bührer MS 12 oder 13, auch defektem Motor. Tel. 044 937 33 50.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Kaufe

Musikinstrumente, Handorgeln, Gitarren usw. **Goldschmuck,** auch defekt, bezahle bar.

Telefon 079 667 79 82.

IMMOBILIEN

Verkaufe neue Ferienwohnungen in Losone TI, Teilminergiestandard: 2-Zi.-Wg., ab Fr. 285000.–; 3-Zi.-Wg., ab Fr. 450000.–; 3-Zi.-Attika-Wg., ab Fr. 750000.–. 079 402 89 49

GESUCHT IMMOBILIEN

Scheune oder Lagerhalle im Raum Frauenfeld bis Winterthur zum Einstellen von Anhängern, Höhe 4 m, Tel. 076 396 03 34.

Kleines Bauunternehmen sucht per sofort im Raum Winterthur **Scheune oder Grundstück** mit Parkplätzen. Tel. 079 588 17 23.

ZU VERMIETEN

Toskana-Ferien, www.casaricca.ch. Frühling, Sommer, Herbst, Vermietung, Tel. 076 284 47 28.

Per 1. Juli 2010 in Esslingen: **5,5-Zimmer-Hausteil** auf Bauernhof mit Pensionspferdehaltung, Miete inkl. Nebenkosten und 2 Autoabstellplätzen, Fr. 1880.– pro Monat, Tel. 052 386 16 56.

Per sofort oder nach Vereinbarung **Wohnungen** neu renov., in Zürich-Seebach, sonnig, gepflegte Umgebung, ÖV 2 min., gerne an Schweizer. 2-ZWG Fr. 1450 / 3-ZWG Fr. 1870.– inkl. NK. 044 840 31 31.

FREIZEIT/KONTAKTE

Fussreflexzonenmassage und Massage «Krankenkassen-anerkannt»: www.shui-spa.ch oder Shui Spa, Tel. 044 211 00 99, Augustinergasse 17, 8001 Zürich.

Flirten und Treffen. Jetzt neu und kostenlos! Ganz einfach: Sende deinem Wunschdate ein E-Mail oder gib seilber dein Profil auf und freue dich auf viele neue Kontakte.
Jetzt kostenlos registrieren auf: www.chdate.ch

ZH rüstiger Senior, 68, NR., schlank, naturliebend, sucht ehrliche **liebe Partnerin** für feste Beziehung. Hobbys: Garten, Velo fahren, Wandern, und Ski fahren, Tel. 076 366 40 41 (SMS).

GEBA Produkte

Rufen Sie uns an !

Calitec GmbH, Ballwil
041 449 50 50
www.calitec.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

DIENSTLEISTUNGEN

Immobilien- und Baudienstleistungen durch erfahrene, kompetente, praxisorientierte, eidg. dipl. Immobilien- und Baufachleute. Müllo Fassaden-Service AG, Im Tiergrten 47, 8047 Zürich, Tel. 044 451 38 10.

Buchhaltung KMU günstig dank Heimbüro, Profi-Software Abacus 2008.

Anfragen: christianpeter@hispeed.ch

FREIZEIT

Suche guten **Reiter** für unsere FM-Stute, gerne pensionierter Mann. M. Theissl, Haldenstr. 1, 8474 Eschlikon ZH, Tel. 052 336 21 89.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim?
Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN
Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 2. Juni 2010:**

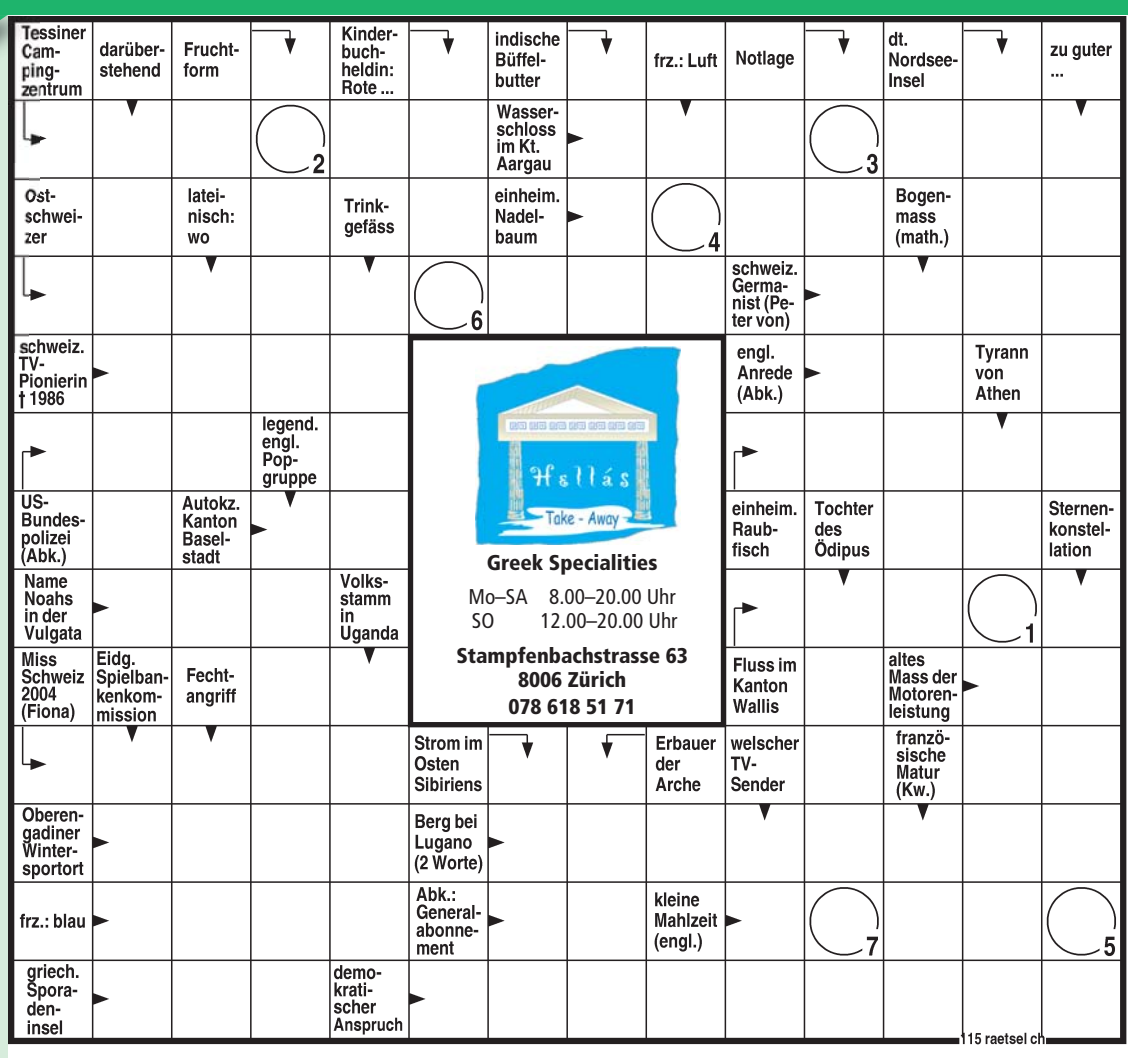
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 18/2010
Lösungswort: Gitarre

Gewinner: W. Bommer, Glattbrugg

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7

Lösungswort Woche 21/2010

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 31. Mai 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenhaus, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Rest. Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 31. Mai 2010, 20.00 Uhr, im Aufenthaltsraum Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Bülach / Hüntwangen
Samstag, 29. Mai 2010, Ausflug Rot-, Weiss- und Schwarzwasserstelz: Burgen bei Hohentengen. Programm:
16.30 Uhr: Besammlung beim Rössli (Bushaltestelle) Bahnhofstrasse, Hüntwangen (Bildung von Fahrgemeinschaften).
17.00 Uhr: Erläuterungen zu den Burgen der Wasserstelz im Gelände (Treffpunkt Kapelle oberhalb der Rheinbrücke Kaiserstuhl) mit dem Hohentengener Ortschronist und Autor Herbert Fuchs.
Ca. 19.00 Uhr: Gemeinsames Nachtessen im Restaurant Wasserstelz.
Kosten: Führung gratis. Nachtessen individuell.
Anmeldung bis Mittwoch, 26. Mai 2010, telefonisch oder schriftlich an Peter Merkt, Hinterdorfstrasse 11, 8194 Hüntwangen, Telefon 044 869 18 00, E-Mail: peter.merkt@gmx.ch oder Matthias Hauser, Schulgasse 1, 8194 Hüntwangen, Natel 076 372 87 51, E-Mail: info@matthias-hauser.ch.
Auch Nicht-Parteimitglieder und Gäste aus anderen SVP-Sektionen sind herzlich willkommen. Bitte angeben: Name/Vorname, Anzahl Personen, mit oder ohne Auto.

Bezirk Dietikon / Aesch
Montag, 31. Mai 2010, 20.15 Uhr, Restaurant Landhus, Stamm mit folgenden Aescher Themen: Bürgschaft Alterszentrum am Bach, Zusammenarbeit Sekundarschulen Uitikon und Birmensdorf-Aesch, Sekundarschul-Schüler mit Time-Out bei Gewerbebetrieben, Schulraumplanung Primarschule, Parkplatz Gemeinde Besetzung durch Auswärtige. Referenten sind Gemeinderätin Susanne Burla/parteilos, Sekundarschule-Präsident Rolf Preisig/Forum Aesch, Primarschule-Präsidentin Petra Mörgeli/SVP, Gemeinderat Diego Bonato/SVP.

Bezirk Pfäffikon / Pfäffikon
Samstag, 29. Mai 2010, 9.00–12.00 Uhr, Parkplatz, Ecke Kempttal-/Turmstrasse neben dem Migros Markt, Unterschriftensammlung zur Familieninitiative mit Gemeindepräsident Hans Heinrich Raths. Als Dankeschön werden feine Mailänderherzen aus Pfäffiker Produktion verteilt.

Junge SVP des Kantons Zürich
Dienstag, 1. Juni 2010, 20.00 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr, Apéro 19.30 Uhr) Hotel Allegra, Hamelirainstrasse 3, Kloten, Informationsveranstaltung, «Kinderbetreuungsinitiative: JA oder NEIN?» Referenten: Patrick Walder, Gemeinderat SVP Dübendorf und Präsident Bildungskommission JSVP ZH, sowie Rafael Wohlgemuth, Schulpfleger SVP Kloten und Präsident JSVP Sektion Unterland.

Stadt Zürich / Kreis 7
Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1.-August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Züich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 29. Mai 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010.

Samstag, 5. Juni 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion zu Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010.

Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, Armbrustschützenhaus Höngg, SVP-Sommer-Grill.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grillabend bei Blumen-Sue.

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 25. Juni 2010, ab 18.00 Uhr, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Ende Hüttenkopfstrasse am Waldrand, traditioneller Grillabend (bei jeder Witterung). Die Kreispartei 12 freut sich, Sie bei dieser öffentlichen Veranstaltung begrüssen zu dürfen.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 5. Juni 2010, 10.00–11.30 Uhr, vor der Migros, Höngg, Standaktion mit der Kreispartei 10. Weitere Daten (jeweils am Samstag): 3. Juli, 28. August und 11. September (Orte noch offen).

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 3. Juni 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Abzocker-Initiative – Die Fakten». Referenten: Nationalrat Pirmin Schwander, Präsident AUNS, im Gespräch mit Thomas Minder, Geschäftsleiter Trybol AG, Neuhausen, Initiant eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich www.svpfrauen.ch zusammen mit SVP der Stadt Zürich http://www.svp-stadt-zuerich.ch. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch.

Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr), **Restaurant Frieden & Fisch, Schaffhauserstrasse 63, Oberohringen, Seuzach, Begrüssung durch Irene Minder, Vorstand SVP-Frauen Kanton Zürich,** öffentliche Veranstaltung «Eine sichere Zukunft für unsere Kinder – Wie schaffen wir sie?». Ursula Fehr, Gemeindepräsidentin Eglisau, nebenamtliche Bezirksrichterin, erzählt aus ihrem Buch «Der Schneckenfühler». Anschliessend Referat von Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS, www.auns.ch, Eglisau, zum Thema: «Sicherheit in der Schweiz». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch http://www.svpfrauen.ch.

Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

4. SVP-Grümpelturnier
Samstag, 17. Juli 2010, ab 10.00 Uhr, Reitplatz, Winterthur-Töss, grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik, und vielem mehr! Kategorien: **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen), **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler). Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport. Teilnahmegebühr: CHF 50.– pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail: merian@svp.ch. Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Telefon 031 300 58 58). Anmeldeschluss: Montag, 5. Juli 2010.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 6. Juni 2010, **1. Ausfahrt:** Stein am Rhein. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Freitag, 4. Juni 2010, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Gartenparty bei Straubinger's, Niederglatt.

Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck**, Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 12. August 2010, 14.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 2. Dezember 2010, 14.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Wollishofen, Chlaushöck (weitere Angaben folgen).

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Die Junge SVP des Kantons Zürich lädt ein zur

Informationsveranstaltung

zur kantonalen Volksabstimmung vom 13. Juni 2010

Kinderbetreuungsinitiative JA oder NEIN?

Dienstag, 1. Juni 2010, 20.00 Uhr
Türöffnung 19.00 Uhr
Apéro 19.30 Uhr
Hotel Allegra,
Hamelirainstrasse 3, 8302 Kloten

Es informiert Sie im Auftrag der Bildungskommission der Jungen SVP des Kantons Zürich:

Patrick Walder
(Gemeinderat SVP Dübendorf
Präsident Bildungskommission JSVP ZH)

Rafael Wohlgemuth
(Schulpfleger SVP Kloten
Präsident JSVP Sektion Unterland)

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Junge SVP

Ihr Partner im Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN Kleber

PNEUHAUS WEGMANN

Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch